



Meine Freiheit, deine Freiheit! (G. Kreisler)

Die „Freiburger Schule“ hat mit dem Besuch von Joachim Gauck zum 60igsten des neoliberalen Walter Eucken Instituts (WEI) große mediale Aufmerksamkeit bekommen.

Gauck verteidigte in einer Rede den Neoliberalismus als Garant der Freiheit und findet es „merkwürdig“, dass dieser Begriff in der Öffentlichkeit so negativ besetzt sei.

Er lobte die Agenda 2010, welche aus ebendieser ökonomischen Denkschule kommt, als „aktivierende Sozialpolitik“, die zu begrüßen sei. Also jene Politik, die Menschen zu BittstellerInnen macht, einen großen Niedriglohnsektor geschaffen hat und die Verarmung und Prekarisierung vieler Menschen immer weiter vorantreibt.

Doch auch der aktuelle Leiter des Instituts, Lars Feld, konnte im 'Der Sonntag' (12.1.) verkünden, „dass es keine zunehmende Ungleichheit gibt“, sondern dies alles „Anekdoten“ seien. Gaucks Plädoyer: *„Nicht weniger, wohl aber besser gestalteter Wettbewerb macht unsere Marktwirtschaft gerechter.“* - Da ist er wieder, der unerschütterliche Glaube an den „Markt“, als hätte es die (Legitimations-)Krise des Marktes 2008 nicht gegeben.

Für was steht die „Freiburger Schule“?

Die „Eiserne Lady“ Margaret Thatcher hatte den ehemaligen Leiter des WEI Friedrich von Hayek als Berater, als sie in den 1980er Jahre den Angriff auf den Sozialstaat und die Gewerkschaften in Großbritannien antrat. Sie prägte das TINA-Prinzip ("there is no alternative"), das in der deutschen Variante durch Merkels „alternativlos“ 2010 zum Unwort des Jahres wurde. Neben Reagan (USA) bezog auch Diktator Pinochet (Chile) sich auf die Theorien Hayeks.

Die Idee der „Schuldenbremse“ in den Verfassungen wurde unter anderem durch Lars Feld (WEI) vorangetrieben. Diese werden wohl über kurz oder lang zu massiven Kürzungsprogrammen in den Sozialerträgen und weiterer Verarmung führen.

An den Freiheits-Gau(c)k(ler)!

Die Freiheit, von der bei Gauck die Rede ist, ist nicht die Freiheit, für die wir kämpfen! Freiheit ist unteilbar! *„Niemand kann frei sein, solange es nicht alle sind“* (Erich Mühsam).

„RECHT-AUF-STADT“-NETZWERK-TREFFEN

Jeden 2. Freitag im Monat um 20 Uhr. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen!

Kommentar: „Sozial tourismus“

Es vergeht kein Monat, in dem nicht die nächste sozialchauvinistische Kampagne durch die Medien getragen wird: Sarrazin und seine Thesen, die faulen Griechen/Arbeitslosen, die Wohnungslosen, die Flüchtlinge, oder mit Beharrlichkeit die CSU: *„Wer betrügt, der fliegt.“*

Das „Betrügen“ zielt dabei weder auf ArbeitgeberInnen oder VermieterInnen ab, die die Not der Menschen ausnutzen und sie ausbeuten, noch auf ein Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, das alles und jeden in ein Konkurrenz- und Kapitalverhältnis setzt.

*„Einen braucht der Mensch zum Treten,
einen hat er immer, der ihn tritt.*

*Zwischendurch verbringt er seine Zeit mit Beten,
und ansonsten läuft er irgendwo mit.“*

Nein, es zielt auf diejenigen, die in der kapitalistischen Konkurrenz nicht mithalten können! Auf sie wird nochmals eingetreten, um die eigene Überlegenheit erneut zu demonstrieren und den sozialen Ausschluss zu bekunden.

So ist es auch nicht verwunderlich, dass das Unwort des Jahres 2013 "Sozialtourismus" wurde.

„Dies diskriminiert Menschen, die aus purer Not in Deutschland eine bessere Zukunft suchen, und verschleiert ihr prinzipielles Recht hierzu“, so die Begründung.

*„Einen braucht der Mensch nun mal zum Treten,
und statt daß er sich mal selber tritt,
zieht er lieber noch mit Pauken und Trompeten
alle anderen in seinen Abgrund mit.“* (Konstantin Wecker)

Ein weiteres Unwort wurde treffenderweise auch das verschleiende Begriffspaar Arbeitnehmer/-geber: Denn „wer die Arbeit leistet/gibt/verkauft, wird zum Arbeitnehmer degradiert – wer sie nimmt/bezahlt und von ihr profitiert, zum Arbeitgeber erhoben.“

Termine:

- 14.02. „Recht auf Stadt“ 20 Uhr Syndikats-Büro (Adlerstr. 12)



MEHR ARBEIT LOHNT SICH NICHT

Immer wieder ist zu hören, der deutschen Wirtschaft gehe es gut. Viel seltener erfahren wir, dass die Menschen, die diesen Reichtum für die Wirtschaft erarbeiten, nichts davon haben. Selbst in Deutschland steigt der Wohlstand nicht mehr, er geht zurück. 2013 fielen die Reallöhne. Die Preise stiegen kräftiger als die Löhne, sodass die Menschen weniger Geld für gesellschaftliche Teilhabe in der Tasche haben. Vor allem aber geht die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander. Seit 2006 stieg die Armutsquote kontinuierlich an. Der Paritätische Wohlfahrtsverband erklärt hierzu: Deutschland steht vor der Zerreißprobe.

OBDACHLOSENVERTREIBUNG IN DEN USA.

Die Zahl der Obdachlosen in den großen Städten der USA steigt. In Los Angeles z.B. stieg die Zahl in den letzten beiden Jahren um 15 Prozent. Gleichzeitig wird die Unterdrückung der Überlebensstrategien Obdachloser immer härter: Verschiedene Städte haben z.B. verboten, Essen im Freien auszugeben. In Kalifornien wurde Hangtown Haven geschlossen. Hier durften Obdachlose vormals campen. Die Menschen halfen sich gegenseitig, die Kriminalität ging zurück. Regeln waren selbstauferlegt: kein Alkohol, keine Drogen, keine Sexualtäter. Die Nachbarn allerdings fürchteten einen Slum. Das Projekt wurde beendet.

LUXUS-STADT MÜNCHEN SCHICKT SCHWANGERE FLÜCHTLINGE IN DIE KÄLTE

Die Stadt München besitzt ein sogenanntes "Kälteschutzprogramm". Plätze gibt es aber in der Regel nur für alte, kranke und gebrechliche Menschen. Schwangere und junge Mütter müssen ohne Decken draußen bleiben. Sie dürfen erst in die Notunterkünfte, wenn die Null-Grad-Grenze unterschritten wird. "Wir dürfen keine falschen Anreize setzen, das gibt uns auch die Stadtspitze vor." erklärte Sozialreferentin Brigitte Meier (SPD). Soziale Kälte in München.

GENTRIFIZIERUNG IN MANNHEIM

Wie so viele andere Städte ist auch Mannheim von der Verdrängung einkommensschwächerer Bevölkerungsgruppen aus ihren Wohnquartieren betroffen. Mit den Slogans „Mut zu Wut“ und „Miethaie zu Fischstäbchen“ zog ein Stadtteilspaziergang zu exemplarischen Häusern. In einem Objekt gab es nach Sanierung und Verdrängung der alten MieterInnen eine Steigerung der Miete von 396 Prozent. Jetzt müssen 19€ pro Quadratmeter bezahlt werden.

ZWECKENTFREMUNGSVERBOT MÖGLICH

Seit dem 1. Januar können Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg per Satzung ein sogenanntes Zweckentfremdungsverbot erlassen. So könnte verhindert werden, dass Wohnraum in Ferienwohnungen, Ladenfläche, Büros etc. umgewandelt wird. Würde die Stadt Freiburg eine solche Satzung erlassen, wäre der Plan, dem Green City Hotel in der Vauban weitere unverkäufliche, weil überbeuerte Eigentumswohnungen zuzuschlagen, wohl gestorben. Auch Leerstand, der länger als ein halbes Jahr andauert, könnte Strafzahlungen zur Folge haben. Viel wirksamer jedoch wäre noch eine Stadtbau, die sich auf die Schaffung von günstigen Wohnraum konzentriert und nicht Gelder von FSB-MieterInnen für teure Luxusprojekte zweckentfremdet.

FREIBURG: EIGENTÜMERINNEN LASSEN BAUDENKMAL VERFALLEN

130 Jahre alt ist die Knopfhäuslesiedlung in der Oberwiehre. 130 Jahre lang haben diverse EigentümerInnen, zuletzt die Stadtbau, Miete kassiert. Trotzdem wurden die Instandsetzungsarbeiten in der unter Denkmalschutz stehenden Arbeitersiedlung, die zum Beginn der Industrialisierung in Freiburg errichtet wurde, sträflich vernachlässigt. Der Zustand der Häuser ist erbärmlich. Jetzt soll saniert werden. Doch Stadtbau-Chef Klausmann kündigt gleich mal an, dass Sozialbindungen verloren gehen werden. Plötzlich redet er auch von Selbstverwaltung, die als eine Wohnform vorstellbar wäre. Selbstverwaltung ist immer besser als Miete an EigentümerInnen zu zahlen, allerdings kann es nicht sein, dass die Stadtbau schon lange mehrfach abbezahlte Häuser verkommen lässt und sich nun aus der Verantwortung stiehlt.

SPANIEN: PROTEST GEGEN UNNÖTIGES GROSSPROJEKT IN BURGOS

In der zentralspanischen Stadt Burgos protestierten mehrere Tausend Menschen über Tage gegen einen Straßenumbau in einem Arbeiterviertel. Bei immer stärker sichtbarer Armut soll das Projekt 8 Millionen Euro verschlingen. Die GegnerInnen erklären, dass in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit lieber in Soziales als in einen schmucken Boulevard investiert werden sollte. Die Proteste erreichten immer wieder einen Stillstand der Bauarbeiten. Der Bürgermeister der postfaschistischen Volkspartei PP und ein PP-naher Unternehmer wollen das Projekt aber weiterhin durchsetzen.

DEMOKRATIEFREIE ZONE HAMBURG

Nachdem die Polizei die bundesweite Solidaritätsdemo für die Rote Flora, Lampedusa in Hamburg und den Erhalt der Esso-Häuser nach nur wenigen Metern mit fadenscheiniger Begründung und, wie später klar wurde, völlig geplant gestoppt hatte und die Situation so bewusst eskalierte, wurden einige Zeit später gleich weite Teile der Hamburger Innenstadt zum Gefahrengebiet erklärt. Als Vorwand diente ein angeblicher Angriff auf PolizistInnen direkt vor der Davidwache. Später musste die Polizei einräumen, dass es den Angriff so gar nicht gegeben hatte. Vor der Wache war entgegen der vorherigen Berichte kein Polizist schwer verletzt worden. Trotzdem konnte die Polizei tagelang verdachtsunabhängige Kontrollen durchführen und willkürlich sogenannte Platzverweise aussprechen. Zahlreiche Menschen ließen sich allerdings nicht einschüchtern. Täglich wurde trotz Polizei auf den Kreuzungen in Bussen und Bahnen usw. auf vielfältige Weise protestiert. Das Gefahrengebiet, vor dem sogar die US-Botschaft gewarnt hatte, wurde zu Gefahreninseln und später dann ganz aufgelöst. Die sozialen Konflikte allerdings bleiben bestehen. Das Instrument Gefahrengebiet heißt in der Green City Freiburg übrigens Allgemeinverfügung und sorgt auch hier immer wieder für einen massiven Einschnitt in die Grundrechte.

FREIBURG: SELBSTORGANISIERTES STRASSENFEST AM 1. MAI IM GRÜN FINDET STATT

Anfang Januar haben sich diverse Gruppen und Einzelpersonen getroffen, um sich über den 1. Mai im Stadtteil Grün auszutauschen. Seit etwa 30 Jahren feiern AnwohnerInnen und viele Weitere am ArbeiterInnenkampftag hier ein selbstorganisiertes Straßenfest. In den letzten beiden Jahren hatte die Stadt das Fest mit einer Allgemeinverfügung und einem massiven Polizeiaufgebot stark eingeschränkt. Einmütig wurde auf dem Treffen der Wille bekundet, sich auf keinen Fall erneut auf das private Grethergelände zurückdrängen zu lassen, sondern sich wieder mehr städtischen Raum anzueignen. Falls die Stadt die Versammlungs- und Festfreiheit wieder einschränken will, wurde schon über eine Versammlung gegen Repression und Alternativkonzepte neben den Feierlichkeiten gesprochen.

